



SP-Nationalrat Jon Pult sprach nach seinem Auftritt in Bülach auch in Uster. Rund 200 Personen hörten vor der Landihalle die Reden zum Tag der Arbeit. Fotos: Christian Merz

Fast-Bundesrat will mit Erklären zum nächsten Erfolg

Uster Mit einem Alt-Bundesratskandidaten und der Kantonsratspräsidentin hat in Uster Prominenz zum Tag der Arbeit gesprochen. Im Zentrum stand eine Abstimmung.

Christian Brändli

Während in Zürich marschiert und randaliert wird, verläuft in Uster die 1.-Mai-Feier fast schon traditionell geruhsam und friedlich. Zum Auftakt vor der Landihalle standen die Kulinarik und die Musik im Mittelpunkt.

Und während in Zürich noch darüber gerätselt wurde, wo sich nun der Schwarze Block formiert, ergriff in Uster der Bündner SP-Nationalrat Jon Pult vor dem knapp 200-köpfigen Publikum das Wort. Ein Vorteil seiner Niederlage bei den jüngsten Bundesratswahlen sei, dass er nun freier sprechen könne.

Von der AHV zu den Krankenkassenprämien

In der Schweiz verfügten wir über die einmalige Chance, über Volksabstimmungen den «sozialen Fortschritt» voranzubringen. Damit kam Pult auf den jüngsten Abstimmungserfolg zu sprechen, den die Linke mit der Einführung der 13. AHV-Rente verbuchen konnte. Nur um gleich den Bogen zum anstehenden Urnengang über die Prämien-Entlastungs-Initiative zu schlagen, die mit dem Slogan «Prämien runter, Löhne rauf» im Zentrum der diesjährigen Anlässe zum Tag der Arbeit steht.

Auch wenn aktuelle Umfragen eine Mehrheit für die Deckelung der Krankenkassenprämien auf maximal zehn Prozent des Einkommens auswiesen, gelte es, sich für die Initiative zu engagieren. Bei der AHV-Abstimmung habe sich gezeigt, dass stetes Erklären, «wie es wirklich funktioniert», zum Erfolg ver helfe. Nun gelte es ebenfalls mit

Argumenten zu überzeugen. Dabei verwies Jon Pult zunächst auf die EU, wo im Durchschnitt 76 Prozent der Krankheitskosten über Steuern finanziert würden. Das sei sozial verträglich. In der Schweiz dagegen läge dieser Wert nur bei 36 Prozent. Den Grossteil müssten die Leute hierzulande aus dem eigenen Sack aufbringen.

Sonne für eine soziale Schweiz

Am 9. Juni stehe mit dem Stromgesetz aber eine weitere Abstimmung an, die für eine soziale Schweiz wichtig sei, unterstrich Pult. «Der Strompreis darf nicht zum Kaufkraftkiller werden.» Deshalb sei insbesondere der Ausbau der Solarenergie «absolut matchentscheidend».

Für seine mit Verve vorgetragene Rede erhielt der Bündner viel Applaus. Für die mittlerweile aufgeheizte Atmosphäre und einige rote Köpfe sorgten aber nicht seine Worte, sondern vielmehr die eben erwähnte Sonne. Schattenplätze waren vor der Landihalle rar.

Sorge wegen Kaufkraftverlust

Während sich in Zürich mittlerweile die Chaoten das alljährliche «Räuber und Poli» lieferten, konnten sich in Uster die wenigen anwesenden Polizisten ruhig im Hintergrund halten. Und Kantonsratspräsidentin Sylvie Fee Matter trat zu einem Heimspiel an. Die SP-Politikerin ist die Gründerin der Juso Zürcher Oberland.

Die noch höchste Zürcherin – am Montag gibt sie ihr Amt ab – erklärte, dass sie während ihres



Noch-Kantonsratspräsidentin Sylvie Fee Matter kam in ihrer Rede auf die Sorgen der Leute zu sprechen.

Präsidialjahrs sehr viele Vereine besucht habe. Gemeinhin würden diese von eher bürgerlich eingestellten älteren Herren dominiert. Während ihrer Gespräche habe sich aber gezeigt, dass manche insgeheim durchaus Sympathien für die Linke hegten.

«Den Leuten bereitet der Kaufkraftverlust Sorge», habe sie festgestellt, und «die werden langsam hässig». Auch ihr gehe es so. Doch statt sich nur aufzuregen, gelte es, sich auf Änderungen zu fokussieren. Und dabei müsse bei den Krankenkassenprämien angesetzt werden. Sie meinte, dass es sich immer mehr nicht mehr leisten könnten, zum Arzt zu gehen.

Die lautere Jugend

An einem Ärztekongress habe sie gesehen, dass die Probleme der Leute kleingeredet würden. Dabei sei es doch so, dass, wer kein



Wetzikon Stadtpräsident Pascal Bassu (SP) hörte den Reden zu.

Geld habe, auch nicht konsumieren könne. Die Wirtschaft aber brauche diesen Konsum. Sie appellierte, für die Prämien-Entlastungs-Initiative zu weibl. «Wir können auch diese Abstimmung gewinnen, denn wir sind bei den Leuten.»



Ebenso wie Usters Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP).

Auf eine Frage von Jon Pult, der einst wie Fee Matter bei den Jungsozialisten war, was sich denn seit jenen Tagen geändert habe, meinte die einstige Hinwilerin: «Die Jungen sind lauter geworden.» Das quittierten diese mit kräftigem Applaus.

Personalhaus des Spitals als Unterkunft

Uster 16 Asylsuchende pro 1000 Einwohner: Ab 1. Juli müssen die Gemeinden im Kanton mehr Schutzsuchende unterbringen als bisher. Vor Schwierigkeiten stellt das auch die Stadt Uster, die mit ihren 37000 Einwohnerinnen und Einwohnern neu insgesamt 590 Menschen unterbringen können soll.

Nun hat die Stadt den benötigten zusätzlichen Wohnraum gefunden – neben dem bestehenden Portfolio an Unterbringungsmöglichkeiten wie dem Zentrum Rosengarten, dem Westflügel des Stadthauses und dem vom Wagerenhof übernommenen Modulbau.

So geht aus einem Stadtratsbeschluss hervor, dass die Stadt den ersten und zweiten Stock des Personalhauses des Spitals Uster an der Asylstrasse 30 mietet und umbaut. Die Räume wurden bis Ende Januar vom Spital als Büros genutzt, waren jedoch ursprünglich als Personalzimmer (1-Zimmer-Appartements) konzipiert und in Betrieb.

Die Kosten für den Umbau, der im Mai vollzogen sein soll, belaufen sich gemäss Kostenvoranschlag auf rund 164000 Franken. Der entsprechende Kredit wurde vom Stadtrat genehmigt. (erh)

Positives Ergebnis in Maur

Maur Budgetiert war ein Defizit von 2,6 Millionen Franken. Nun vermeldet Maur überraschend einen positiven Jahresabschluss. Dieser fällt mit einem Plus von 24700 Franken allerdings nur knapp aus. Dies bei einem gerundeten Gesamtaufwand von 82,35 Millionen Franken und einem Gesamtertrag von 82,33 Millionen.

Verantwortlich für das bessere Ergebnis seien verschiedene Faktoren, schreibt die Gemeinde. So habe sie gegenüber Budget gut 4,5 Millionen Franken an zusätzlichen Einnahmen durch die allgemeinen Gemeindesteuern verbuchen können. Allerdings würde ein Grossteil dieses Steuerertrags, nämlich 3,7 Millionen Franken, gleich wieder durch die Zahlungen an den Finanzausgleich abgeschöpft.

Mehreinnahmen verzeichnete Maur zudem dank der Grundstückgewinnsteuern. Mit 7,9 Millionen Franken lag der Betrag 1,9 Millionen über der budgetierten Summe. Insgesamt gingen die Einnahmen in diesem Bereich im Vergleich zu den Vorjahren (2021: 9,4 Millionen; 2022: 8,3 Millionen) jedoch etwas zurück.

Ungeplante Abschreibungen

Höher als erwartet fielen im Jahr 2023 dafür die Aufwände in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit aus, wie der aktuellen Jahresrechnung zu entnehmen ist. Belastet haben die Rechnung zudem Abschreibungen in Höhe von 9,6 Millionen Franken, wovon 1,9 Millionen ausserplanmässig anfielen. Insgesamt bewertet die Gemeinde das aktuelle Ergebnis als «einen Hinweis auf die Nachhaltigkeit der Finanzierung im Gemeindehaushalt».

Erfreut zeigt sich Maur auch über den hohen Selbstfinanzierungsgrad. So konnten sämtliche Nettoinvestitionen vollständig aus eigener Kraft finanziert werden. (lel)